

Bern | Das Parlament empfiehlt ein Nein zur «AHVplus»-Initiative

# Gegner kritisieren fehlende Mittel

**Die Volksinitiative «AHVplus» des Gewerkschaftsbunds kommt mit einer Nein-Empfehlung von Parlament und Bundesrat an die Urne. Der Nationalrat debattierte am Mittwoch während rund fünf Stunden über das Volksbegehren. Die Fronten verliefen entlang der bekannten Linien.**

Für die Debatte in der grossen Kammer hatten sich 49 Rednerinnen und Redner eingeschrieben. Die Mehrheit der Sozialkommission empfahl das Volksbegehren zur Ablehnung. Dagegen sprachen sich die Bürgerlichen aus. SP und Grüne befürworteten es. Der Nationalrat beschloss das Nein mit 131 zu 49 Stimmen und zwei Enthaltungen. Die Volksinitiative «AHVplus» – für eine starke AHV» des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds ist als Druckmittel zu den Reformplänen des Bundesrats für die Altersvorsorge gedacht. Sie verlangt eine Erhöhung aller AHV-Renten um zehn Prozent. Wie die Erhöhung finanziert wird, lässt der Initiativtext offen.

## «Nützt nur den Reichen»

Mit der Initiative würde die durchschnittliche Rente für Alleinstehende um 200 Franken im Monat erhöht, für Ehepaare um 350 Franken. Kosten würde dies zurzeit rund 4 Milliarden

Franken im Jahr und bis 2030 sogar 5,5 Milliarden Franken. Damit stünde die AHV laut der bürgerlichen Mehrheit bis 2030 mit 13 Milliarden Franken in der Kreide.

Gegnerinnen und Gegner führten denn auch vor allem fehlende Mittel für höhere Renten ins Feld sowie die Verschuldung der AHV und die Alterung der Gesellschaft. Eine Erhöhung nach dem Giesskannenprinzip nütze vor allem den Besserverdienenden, machten sie geltend.

Für Bezüger von Ergänzungsleistungen (EL) würde die Initiative die Situation verschlechtern, sagte Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH). Wenn die AHV-Renten um zehn Prozent steigen würden, würden die EL entsprechend gekürzt. Und im Gegensatz zu den EL müsse die AHV-Rente versteuert werden.

Bruno Pezzatti (FDP/ZG) forderte, die AHV zu sanieren, anstatt mit einem realitätsfremden Ausbau das wichtigste Schweizer Sozialwerk zu gefährden. Die SVP nannte die Initiative «unvernünftig, unsozial, wirtschaftsfeindlich und egoistisch», wie Sebastian Frehner (BS) es ausdrückte. «Sie nützt nur den Reichen.»

## Finanziell verkraftbar

Maja Ingold (EVP/ZH) fragte sich, weshalb die Initianten derart hohe Kosten in Kauf nehmen wollten für so wenig Nut-

zen. Mit den 4 Milliarden könne man anderes tun: Jugendliche coachen, Senioren beim Leben zu Hause begleiten oder Menschen befähigen, weniger von staatlichen Institutionen abhängig zu sein.

SP und Grüne engagierten sich für die Initiative. Dank steigender Einkommen und des Beschäftigungswachstums stehe die AHV finanziell gut da, trotz der steigenden Zahl von Rentnerinnen und Rentnern. Sie erinnerten an die Verfassungsbestimmung, wonach die Rente es gestatten muss, das gewohnte Leben angemessen weiterzuführen. Die Erhöhung liege finanziell drin, betonte Silvia Schenker (SP/BS). «Sie kostet die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer je 0,4 Lohnprozente.» Das sei verkraftbar angesichts des Stillstandes von vierzig Jahren bei den AHV-Lohnbeiträgen.

## Transparent mit zwölf Nullen

Margret Kiener Nellen (SP/BE) unterstrich mit einem Transparent, dass angesichts einer Billiön steuerfreier Dividenden für Aktionäre genug Geld vorhanden sei für höhere AHV-Renten. Ratspräsidentin Christa Markwalder (FDP/BE) wies Kiener Nellen darauf hin, dass sie «an einem Rednerpult und nicht an einem Zeigepult» stehe. Die Befürworter wiesen auf eine Entlastung der Gemeinden hin. Mit höheren Renten seien weniger

Menschen auf Ergänzungsleistungen angewiesen, sagte Thomas Hardegger (SP/ZH). Im Jahr 2000 seien es 139 000 gewesen und 2014 193 000, doppelte Claudia Friedl (SP/SG) nach. Aus falschem Stolz verzichteten viele darauf, EL zu beantragen. Alexander Tschäppät (SP/BE) kritisierte, dass Bürgerliche die AHV konsequent schlechtredeten, obwohl es ihr finanziell gut gehe. «Das Gespenst der Demografie wird an die Wand gemalt und der Kollaps der AHV vo-

rausgesagt. Das erwies sich als Wortschrott.» Ein Nein zur Initiative nütze der Geldelite.

## Auch von Ständerat und Bundesrat ein Nein

Die Mehrheit der Sozialkommission (SGK) stellte sich auch deshalb gegen die Initiative, weil diese die Reform der Altersvorsorge («Altersvorsorge 2020») untergraben würde, wie Schmid-Federer sagte. Schenker stellte dazu fest, die SGK-Mehrheit habe der Min-

derheit verwehrt, die Initiative im Kontext der Reformvorlage zu behandeln.

Der Ständerat hat sich schon im Sommer gegen «AHVplus» ausgesprochen. Auch der Bundesrat empfiehlt das Begehren ohne Gegenorschlag zur Ablehnung. Sozialminister Alain Berset erinnerte im Rat daran, dass der Bundesrat diesen Weg und die damit verbundene schwierige Diskussion der Initiative vorziehe. | sda



**Altersvorsorge.** Pappfiguren in Boxhandschuhen mit der Aufschrift «AHVplus» stehen während einer Aktion auf dem Bundesplatz. Der Nationalrat debattierte gestern über die Volksinitiative «AHVplus».

FOTO KEYSTONE

Bern | Nationalrat will umfassenderen Service-public-Bericht ohne Tabus

# Druck auf SRG bleibt

**Die Mehrheit des Nationalrats meldet für den Mitte 2016 in Aussicht gestellten Service-public-Bericht des Bundesrats mehrere Wünsche an. Sie verlangt ein kritischeres Vorgehen der Regierung und untermauert diese Forderung mit Annahme einer entsprechenden Motion.**

Die grosse Kammer erhält den Druck auf die SRG aufrecht. Während der gut einstündigen Sonderdebatte zum medialen Service public am Mittwochmorgen waren viele kritische Voten zu hören. Vor allem auf der Seite der SVP, welche die ausserordentliche Session verlangt hatte.

Zwar wurden keine wesentlichen Entscheide getroffen, die Diskussion gab aber einen Vorgeschmack auf das, was im nächsten Jahr nach der Präsentation des Service-public-Berichts des Bundesrats los sein dürfte.

Muskeln zeigte die grosse Kammer bei der Abstimmung einer Motion von SVP-Nationalrätin Natalie Rickli. Diese will den Bundesrat beauftragen, alle hängigen medienpolitischen Vorstösse in den Bericht aufzunehmen, welche bis zum Ende der Herbstsession 2015 eingereicht worden sind. Mit 92 zu 75 Stimmen bei 8 Enthaltungen hiess der Nationalrat den Vorstoss gut.

## Was Parlamentarier verlangen

Die Mehrheit der grossen Kammer will, dass der Bundesrat im Bericht vier Budgetvarianten für einen künftigen Service public aufzeigen soll – vom Status quo der Gebührengeldereinnahmen in Höhe von 1,352 Milliarden Franken (Stand 2013) bis zu einer stark abgespeckten Variante von 500 Millionen Franken.

Weiter soll der Bundesrat prüfen, das Internetangebot der SRG auf eine Audio- und eine Videothek zu beschränken. Zudem soll sich der Bericht laut dem Nationalrat am Subsidiaritätsprinzip orientieren.

Will heissen: Nur wo kein entsprechendes Angebot privater Medienanbieter vorliegt, soll ein Auftrag an die SRG geprüft werden.

Solche und ähnliche Vorstösse haben verschiedene Parlamentarier in den vergangenen Monaten eingereicht. Die Kritik gegenüber der SRG ist nach dem hauchdünnen Ausgang der Abstimmung über das Radio- und TV-Gesetz (RTVG) vom 14. Juni 2015 lauter geworden.

Der ärgste Widersacher, der Schweizerische Gewerbeverband, forderte jüngst erneut eine breite öffentliche Diskussion über «Inhalt und Umfang» des Service public. Mit der «No-Billag-Initiative» kommt die SRG nun noch stärker unter Druck.

Trotz der Versprechen des Bundesrats und der SRG, es werde bei der Diskussion über den Service public kein Tabu geben, ist auch im Nationalrat die Aufregung gross. «Ich fürchte, dass der angekündigte

Service-public-Bericht lückenhaft ausfallen wird», sagte Motionärin Rickli.

## Leuthards Versprechen

Weniger emotional waren die Voten der übrigen Fraktionen. Verschiedene Redner mahnten, zuerst den Bericht des Bundesrats abzuwarten und erst danach eine Grundsatzdebatte zu führen. «Wir haben es hier nicht mit Socken und Unterhemden im Ausverkauf zu tun, sondern mit einem zentralen Grundsatz der Bundesverfassung», sagte Regula Rytz (Grüne/BE).

Medienministerin Doris Leuthard verteidigte derweil das Vorgehen des Bundesrats: «Ich verspreche Ihnen, der Bericht wird nicht lückenhaft sein.» Die Fragen vieler Bürger, ob der Service-public-Auftrag noch stimme oder ob es Anpassungen brauche, seien legitim. «Wir werden noch stundenlang diskutieren.» | sda



**Service public.** SRG-Generaldirektor Roger de Weck. Bericht ohne Tabus.

FOTO KEYSTONE

Bauern gewinnen Budgetstreit

**BERN** | Der Ständerat gibt seinen Widerstand gegen die Aufstockung der Exportsubventionen für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte gemäss «Schoggigesetz» auf. Querschnittkürzungen zum Ausgleich dieser Mehrausgaben hat er aber abgelehnt. In den vergangenen zwei Wochen waren sich die Räte nicht einig darüber geworden, ob die Ausfuhrbeiträge im Voranschlag 2016 von den Sparbemühungen verschont bleiben und gegenüber dem bundesrätlichen Vorschlag gar um 26,7 Millionen auf 94,6 Millionen Franken aufgestockt werden sollen. Während der Nationalrat auch in der dritten Runde deutlich für mehr Exportsubventionen von Schweizer Rohstoffen einstand, hatte sich der Ständerat in den Abstimmungen jeweils gegen dieses Anliegen gestellt, jedoch immer knapp und zuletzt sogar mit nur einer Stimme Differenz. Nun gibt der Ständerat den Bauern nach. Mit 37 zu 6 Stimmen hiess er den Vorschlag der Einigungskonferenz gut, den Betrag aufzustocken. | sda

Senioren-Autofahrer ab 75 zum Arzt

**BERN** | Autofahrerinnen und Autofahrer sollen sich statt wie heute nach dem 70. erst nach dem 75. Geburtstag regelmässig einer ärztlichen Untersuchung unterziehen müssen. Der Nationalrat will die Altersgrenze anheben. Die grosse Kammer gab mit 97 zu 82 Stimmen einer parlamentarischen Initiative von Maximilian Reimann (SVP/AG) Folge, gegen den Willen der Mehrheit der Verkehrskommission (KVF). Die Mehrheit war der Auffassung gewesen, dass die periodische vertrauensärztliche Kontrolluntersuchung einen wichtigen präventiven Beitrag leiste. Zudem erachtet sie die Selbstverantwortung der Senioren-Autofahrer als nicht übermässig eingeschränkt. Vielmehr ergänze die Drittmeinung eines Arztes das selbstverantwortliche Handeln. | sda

Zeichen für mehr Grenzwachter

**BERN** | Das Grenzwachtkorps soll aufgestockt werden. Der Ständerat hat ein weiteres Signal gesendet und zwei gleichlautende Standesinitiativen aus Basel-Stadt und Basel-Landschaft angenommen. Die beiden Basel ersuchen die Bundesbehörden, «das Grenzwachtkorps an allen Standorten personell so auszustatten, dass es seine Aufgaben nach Massgabe der jeweils bestehenden Sicherheitssituation in guter Qualität und entsprechend den Sicherheitsbedürfnissen der Bevölkerung wahrnehmen kann.» | sda

Der digitale Graben soll weg

**BIEL/BERN** | Der digitale Graben zwischen den hoch entwickelten und den weniger entwickelten Ländern soll verringert werden. Das beschloss die UNO-Vollversammlung zehn Jahre nach dem Weltgipfel zur Informationsgesellschaft (WSIS) in Genf (2003) und Tunis (2005). Die Schweiz unterstützt das von der UNO verabschiedete Schlussdokument und will sich auch für die digitale Gleichstellung zwischen den Geschlechtern einsetzen. | sda